

PRESSEMITTEILUNG

Bei den Wahlen am 26. Mai geht es um die Rettung von Europa
Nur Rechtspopulisten unterscheiden zwischen der Europäischen Union und dem Kontinent

Berlin, 13. Mai 2019:

Bei den neunten Direktwahlen zum Europäischen Parlament entscheidet sich, ob das 'Friedensprojekt Europa' fortgesetzt werden kann. Rechtspopulistische Parteien versuchen mit Hilfe von negativem Framing, einen Keil zwischen die Europäische Union (EU) und den Kontinenten Europa zu treiben, indem sie die theoretische Möglichkeit in den Raum stellen, gleichzeitig für Europa und gegen die EU sein zu können. Ihnen muss entschieden entgegengetreten werden: Die EU wirkt für ganz Europa.

Die Gleichsetzung der EU mit Europa insbesondere durch die Regierungsparteien aus CDU/CSU und SPD ist nicht etwa anmaßend, sondern fußt im Gegenteil gerade auch mit Blick auf die Geschichte auf einer soliden moralischen Begründung: Zu oft wurde von der deutschen Hauptstadt aus versucht, im Alleingang die Geschicke Europas zu lenken. Heute weiß man in Berlin, nicht zuletzt bewirkt durch die die Nationen fest aneinander bindende Euro-Gemeinschaftswährung, Paris und Brüssel fest an seiner Seite.

Durch die seit 2017 verabschiedeten Maßnahmen um die DSGVO, die EU-Richtlinie 13 und das NetzDG wurden libertäre und populistische Auswüchse der sogenannten 'alternativen' Medien im Internet eingedämmt. Nach wie vor existierende Seiten wie 'Achse des Guten' oder 'Tichys Einblick' kritisieren jedoch weiterhin singgemäß, Politik und Staat hätten für die Bürger zu arbeiten und nicht etwa umgekehrt. Solche Haltungen blenden bewusst aus, welche wichtigen Aufgaben die EU für ihre Bürger anpackt:

Die EU unterstützt die Bemühungen seiner vornehmlich westlichen und nördlichen Mitgliedsstaaten, den Islam erstmals friedlich in entsprechende Aufnahmegesellschaften zu integrieren. Für ein Gelingen gibt es weltweit noch kein Beispiel. Heute stehen die Chancen, diese zivilisatorische Herausforderung zu einem unblutigen und friedlichen Abschluss zu bringen, so gut wie nie – nicht zuletzt wegen der couragierten Haltung vieler EU-Politiker gegen Rechtspopulisten und Menschenrechtsfundamentalisten.

Die zur Zeit noch nicht abgeschlossene Verifizierung des menschengemachten Klimawandels durch die Wissenschaft muss durch ein entsprechend stärkeres Engagement der Politik ergänzt werden, um gegen die Fake News der Klimaskeptiker und vermeintlich unabhängigen Forscher bestehen zu können. Die EU kann zu diesem Zweck in Brüssel und Straßburg mit den Expertinnen und Experten bewährter Nichtregierungsorganisationen ungezwungener und effektiver zusammenarbeiten als auf nationaler Ebene.

Die EU ist der einzige Bund, der über die notwendigen Mittel verfügt, den ganzen Kontinenten politisch und wirtschaftlich zu gestalten. Ihre Gleichsetzung mit Europa ist daher nicht nur gut begründet, sondern auch dringend erforderlich, wie insbesondere das abschreckende Beispiel Großbritanniens verdeutlicht: Durch direkte Demokratie verursachte Abwendungen von der EU führen zu Chaos und Unsicherheit.

Nur ein entschlossenes Kreuz bei den Wahlen am 26. Mai kann daher zur Rettung für Europa beitragen.